

## Verfolgung und Widerstand im heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz 1933-1945<sup>1</sup>

Joachim Hennig

Oft sind es die Jahrestage, die den Blick in die Vergangenheit schweifen lassen. Dabei gibt es Anlässe, die längst Vergangenes nicht gemütlich und wohligh in Erinnerung rufen, sondern die wachrütteln und einen bedrückenden und fordernden aktuellen Bezug haben. So ist es mit „dem“ Jahrestag des Jahres 2015: der 70. Wiederkehr des Kriegsendes 1945. Es ist nicht ein Jahrestag wie viele andere, sondern einer, der uns alle in die Pflicht nimmt, von uns die Übernahme von Verantwortung und Gedenken an die vielen Opfer fordert. Dabei geht es keineswegs nur um die Kriegstoten, die deutschen Soldaten und Zivilisten, die im Krieg ihr Leben lassen mussten, sondern auch und gerade um die Millionen Menschen, die als Verfolgte Opfer des verbrecherischen Naziregimes wurden. Und dabei darf der Blick nicht auf Deutschland und die deutschen Opfer beschränkt bleiben. Denn dieser Krieg war ein Weltkrieg mit Opfern auch aus den von Deutschland besetzten Ländern Europas. Nach eher konservativen Schätzungen ist von mindestens 50 Millionen Kriegstoten, allein von 13 bis 14 Millionen Bürgern sowjetischer Staatsangehörigkeit, auszugehen sowie von mindestens 13 Millionen Opfern des Widerstandes und der Verfolgung, allein von mindestens sechs Millionen jüdischen Opfern und drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen.<sup>2</sup>

Seit der berühmten Rede des in diesem Jahr verstorbenen, damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985<sup>3</sup> steht für den bewussteren Teil der Bevölkerung fest, dass das Kriegsende am 8. Mai 1945 maßgeblich ein Tag der Befreiung war: die Befreiung vom Faschismus, von Terror, Unrecht und Menschenverachtung, von den unsäglichen und unzähligen Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten und ihrer vielen, viel zu vielen Helfer.

Ansatzweise erfahrbar wird all dies allenfalls in der Geschichte und an Biografien vor Ort, getreu dem Motto: „Nicht irgendwo, sondern hier bei uns.“<sup>4</sup> Deshalb soll hier anhand von Biografien die Geschichte von Verfolgung und Widerstand im heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz mit Bezügen zu Plaidt und seiner Umgebung, der Pellenz, dargestellt werden, damit sie nicht vergessen wird und uns eine stete Mahnung ist.

Dabei wird einiges über das heute nördliche Rheinland-Pfalz und seine Bürger berichtet, was heute vielen nicht bzw. nicht mehr gegenwärtig ist. Manches ist dem Interessierten aber durchaus aus der deutschen Geschichte bekannt. Das ist dann ein Wiedererkennen, denn vieles, was anderenorts geschah, geschah auch hier im nördlichen Rheinland-Pfalz und auch in der Pellenz. Diese Region und seine Bürger waren damals nicht ungewöhnlich, nicht besonders stramm Nazi und auch nicht besonders Anti-Nazi. Das nördliche Rheinland-Pfalz war während des Nationalsozialismus, also in der gesamten Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945, eine normale Region. Koblenz war zwar Gauhauptstadt, Hauptstadt des NS-Gaues Koblenz-Trier (später: Gau Moselland), aber ansonsten eine Stadt und auch eine Region wie jede andere auch, mit Opfern und mit Tätern, und natürlich auch mit viel zu vielen Zuschauern. Das nördliche Rheinland-Pfalz war während der NS-Zeit so Durchschnitt, so normal, dass man an seiner Geschichte im Großen und Ganzen die Geschichte der Verfolgung und des Widerstandes im „Dritten Reich“ regionalgeschichtlich wiederfindet - sofern man nur lang und intensiv genug den Spuren der Täter und der Opfer nachgeht.<sup>5</sup>

Die Verfolgung in Koblenz und Umgebung begann schon wenige Tage nach der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 mit dem Erscheinungsverbot für Zeitungen, mit der Verhinderung von Demonstrationen und der Entfernung von Demokraten aus Schlüsselstellungen in den Verwaltungen. Eines der ersten Opfer war der Polizeipräsident von Koblenz, Dr. Ernst Biesten.<sup>6</sup> Getreu seinem Wahlspruch „Tue recht und scheue niemand!“ war er seit Jahren ein entschiedener Gegner der Nazis gewesen. Immer wieder trat ihnen Biesten mit seiner Koblenzer Polizei entgegen und ließ nach dem „Schwarzen Sonntag von Nastätten“ 69 NS-Rabauken zusammen mit dem damaligen NS-Gauleiter Robert Ley festnehmen und für einige Tage im Koblenzer Gefängnis in Haft halten.



Abb. 1: Polizeipräsident von Koblenz Ernst Biesten; alle Fotos soweit nichts anders angegeben: Förderverein Mahnmale Koblenz

Was sie jahrelang nicht schafften, gelang den Nazis schon zwei Wochen nach der „Machtergreifung“: Sie setzten Biesten als Polizeipräsidenten von Koblenz ab. Am Tag darauf, am 14. Februar 1933, brachte das Nazi-Organ „Koblenzer Nationalblatt“ voller Häme und Genugtuung mit einer zynischen Karikatur Biestens die Meldung des Tages.

Zu einem Strafverfahren gegen Biesten kam es zwar nicht, aber die Nazis sorgten dafür, dass er wegen politischer Unzuverlässigkeit während der ganzen Nazi-herrschaft kein öffentliches Amt mehr bekleiden konnte. Auch Rechtsanwalt durfte er nicht werden. Er überlebte die Diktatur, war Mitbegründer der CDU in Koblenz, einer der Väter der rheinland-pfälzischen

Verfassung und schließlich erster Präsident des Obergerichtspräsidenten und des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz.

Die Kommunisten waren als erste im Fadenkreuz der Nazis. Zwar gab es Aufrufe von ihnen zu einem Generalstreik, mehr aber auch nicht. Stattdessen gab Hitler für die Wahlen im März 1933 die Parole aus: Kampf gegen den Marxismus! Da war der Brand des Reichstags am Abend des 27. Februar 1933, den die Nazis den Kommunisten in die Schuhe schoben, für sie ein gefundenes Fressen. Später erinnerte sich der in St. Sebastian geborene und später in Metternich lebende Kommunist Jakob Newinger<sup>7</sup> daran, dass er am 28. Februar 1933 als erster verhaftet wurde und sich die Menschenmenge auf der Straße - es war gerade Karneval - für ihn einsetzte. Das alles half aber nichts. Als die Ansammlung immer größer wurde, rief der Naziwirt das Überfallkommando an, das auch bald erschien und ihn unter Protest der Massen in das Auto zerrte und ins Polizeigefängnis brachte. Andern Tags wurden weitere Kommunisten inhaftiert.

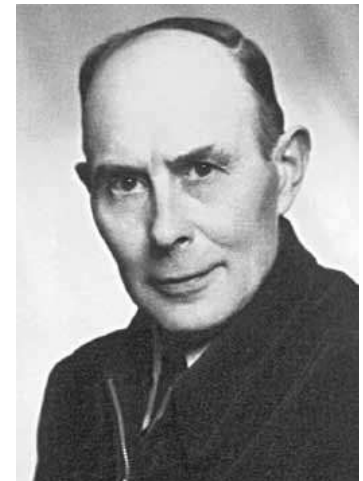


Abb. 2: Der Koblenzer Kommunist Jakob Newinger

Newinger und die anderen Kommunisten kamen in „Schutzhaft“. Diese sollte hinfort das Mittel der Nazis und ihrer vielen Helfer sein, die politischen Gegner oder die, die sie dafür hielten, wegzusperren und zu schikanieren.

Festgehalten wurden sie in Koblenz vornehmlich in dem Gerichtsgefängnis in der Karmeliterstraße. Es stand da, wo sich jetzt der rückwärtige Teil des BWB (Koblenzer Hof) befindet und das Gedenkreilief für

Pater Josef Kentenich angebracht ist, direkt neben dem Landeshauptarchiv Koblenz.

Es folgten die ersten Drangsalierungen der Juden, indem man sie aus der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft, der Rechtsanwaltschaft sowie aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entfernte, ihre Geschäfte boykottierte und sie wegen vermeintlicher Straftaten stigmatisierte.<sup>8</sup>

Zum 1. Mai 1933 organisierten die Nazis einen großen Bluff, dem auch die Gewerkschaften erlagen: Sie veranstalteten den traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung, den 1. Mai, mit Demonstrationen und

Aufmärschen in ihrem Sinne und erklärte ihn erstmals in der deutschen Geschichte zum Feiertag, zum Feiertag der nationalen Arbeit. Ziel der Nazis war es, die Gewerkschaften in Sicherheit zu wiegen und den Arbeiter für sich und die deutsche „Volksgemeinschaft“ zu gewinnen.

Auch in Koblenz und Umgebung wurde der 1. Mai nach Art der Nazis gefeiert.<sup>9</sup> Die nachfolgenden Schlagzeilen aus dem Koblenzer Nationalblatt vermitteln einen gewissen Eindruck: Der Tag des deutschen Sozialismus. Gewaltige Massenkundgebungen im Südrheinland. (2. Mai 1933); und im Regionalteil Koblenz hieß es: Koblenz feiert den 1. Mai und Feuer grüßen über den Rhein Gewaltiger Lichterzug zum Oberehrenbreitstein Der Gruß der 10.000 an den Führer.

Das war nur das Vorspiel. Am folgenden Tag kam das, was die Nazis schon längst geplant hatten: die Zerschlagung der Gewerkschaften. Überall im Deutschen Reich stürmte die SA die Gewerkschaftsbüros, verhaftete Funktionäre und beschlagnahmte das Eigentum. Die Regierung erklärte die Freien Gewerkschaften für aufgelöst und bildete die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley als Zwangsvereinigung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften und vor allem dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 als „staats- und volksfeindlich“ setzte sich die Verfolgung des politischen Gegners fort. Die anderen Parteien, wie etwa die katholischen Parteien, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, wurden übrigens nicht verboten. Sie kamen dem drohenden Verbot zuvor, indem sie sich selbst auflösten. Anfang Juli 1933 gab es im Deutschen Reich nur noch eine Partei: die NSDAP. Jetzt wurden neben den Kommunisten verstärkt auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und oppositionelle Bürgerliche in „Schutzhaft“ genommen. Viele von ihnen kamen in die auf dem Clemensplatz in Koblenz stehende SS-Kaserne.



Abb. 3: Bericht im „Koblenzer Nationalblatt“ vom 2. Mai 1933 über die Vorgänge am 1. Mai; Foto: Stadtarchiv Koblenz

Die ersten ca. 40 Koblenzer Schutzhäftlinge wurden in das neu errichtete Konzentrationslager Esterwegen im Emsland verbracht. In diesem Lager, in dem übrigens das heute noch bekannte antifaschistische Moorsoldatenlied entstand, quälte sie u.a. der Koblenzer SS-Mann Emil Faust, der bald zum Kommandanten des Konzentrationslagers Neusustrum im Emsland aufstieg. Er quälte die Häftlinge derart, dass es sogar der politischen Polizei zu viel wurde. Faust wurde als Lagerkommandant abberufen und einige Zeit später Hausmeister in der Neuendorfer Volksschule, der heutigen Willi Graf-Schule. Das war dann der eher richtige Wirkungskreis für ihn.<sup>10</sup>

Drangsaliert - wenn auch in deutlich geringerem Maße - wurden auch die Mitglieder des Zentrums. Ihre Abgeordneten verloren ihre Mandate und waren Diffamierungen ausgesetzt. Mit Sparkassen- und Devisenverfahren wollte man sie kriminalisieren. Die Strafprozesse endeten aber mit Freispruch. Der Name des früheren Reichstagsabgeordneten Eduard Verhülsdonk<sup>11</sup> aus Neuwied, der ebenfalls in „Schutzhaft“ genommen, dann aber freigesprochen wurde, steht für diese Opfergruppe.

Härter ging die Justiz mit den Kommunisten um. Anlass für Strafverfahren gegen sie waren etwa illegaler Waffenbesitz, die Herstellung oder Verteilung von Flugschriften der KPD, die Zahlung von Beiträgen an die inzwischen illegale Parteikasse. Solche Aktivitäten galten als Vorbereitung zum Hochverrat und führten auch bei Koblenzern zu Strafverfahren. So wurden in einem Massenverfahren 21 Koblenzer Kommunisten wegen Verteilung von Flugschriften und Zeitungen sowie sonstiger Betätigung für die illegale KPD zu bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>12</sup>

Die Justiz ließ sich früh auch in anderen Bereichen für das Unrechtsregime missbrauchen. Dies geschah beispielsweise seit 1934 bei den Erbgesundheitsge-

richten, die aufgrund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sogenannte Rassenhygiene betrieben. Auch das in Koblenz ansässige Erbgesundheitsgericht ordnete Zwangssterilisationen an. Allein 1934 waren es 530 und 1935 traf es 920 Personen. Die allermeisten Sterilisationen erfolgten zwangsweise. Viele wurden im Koblenzer Kemperhof durchgeführt.<sup>13</sup>

Eine andere Form des Rassismus der Nazis war es, fremde Rassen als genetisch minderwertig zu stigmatisieren, wie es etwa durch die Nürnberger Gesetze und ihre Folgeerscheinungen geschah. In Verfolg dessen gab es in Koblenz kurz nach Erlass der Nürnberger Rassengesetze die „Judenliste von Koblenz“. Mit ihr wurde unter Namensnennung im Einzelnen zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte, Ärzte u.a. aufgerufen. Nach dem Blutschutzgesetz, einem weiteren Nürnberger Gesetz, waren außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ verboten. Schon ein Kuss war versuchte Rassenschande. Der 57jährige Jude Max Kaufmann aus Koblenz wurde wegen eines solchen Kusses vom Landgericht Koblenz zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe büßte er vollständig. Wenig später wurde er in den Osten deportiert.<sup>14</sup>

Zentrum dieses sich immer mehr steigenden Terrors war die Leitstelle der Geheimen Staatspolizei (Gestapoleitstelle) in der Straße Im Vogelsang. Das Gebäude existiert heute nicht mehr, wohl aber die Straße Im Vogelsang. Es ist eine kleine Straße neben dem heutigen Landeshauptarchiv und führt - heute wie früher - auf den Haupteingang des Gebäudes des Landgerichts. Erst um 1936 hatte die Gestapo das Gebäude bezogen. Es war viele Jahre lang von der Reichsbank genutzt worden. Als diese dann in die Neustadt am Schloss zog in das Gebäude, in dem sich heute die Filiale der Deutschen Bundesbank befindet, wurde das alte Reichsbankgebäude frei. Die Gestapo nutzte danach diese Liegenschaft, speziell die im Kel-

ler gelegenen Tresorräume unter Ausschluss der Öffentlichkeit als Hausgefängnis. Dorthin wurden Mitbürger gebracht, um sie zu verhören, zu quälen und zu foltern.<sup>15</sup>



Abb. 4: Koblenzer Gestapogebäude Im Vogelsang; Foto aus einer Bauakte der Stadt Koblenz (s. eingezeichnete Fenster), Stadtarchiv Koblenz FA 2 Nr. 1040

Im katholischen Rheinland blieb es nicht aus, dass der politische Katholizismus, die katholische Kirche und der katholische niedere Klerus ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten gerieten. Die Nazis wollten letztlich die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und den Einfluss des Katholizismus zurückdrängen. Dabei rückten die Priester immer mehr in das Blickfeld. Auf ihrem Rücken trugen die Nazis ihren Weltanschauungskampf gegen die katholische Kirche aus. Das sah dann beispielsweise so aus, dass schon die Nichtbeflagung des Kirchturms Anlass für eine vorübergehende „Schutzhaft“ und/oder eine mehrmonatige Gefängnisstrafe war.<sup>16</sup>

Auch evangelische Pfarrer blieben von den Nazis nicht verschont. Einer der bekanntesten ist der Dickenschieder Pfarrer Paul Schneider,<sup>17</sup> der wiederholt in Koblenz in „Schutzhaft“ genommen wurde. Teils hielt man ihn in dem bereits erwähnten Gefängnis im

Gestapo-Gebäude Im Vogelsang fest, teils auch im Polizeigefängnis, das dort stand, wo heute die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz am Friedrich-Ebert-Ring residiert. Von hier aus wurde Paul Schneider in das KZ Buchenwald deportiert. Wegen seines unbeugsamen Widerstehens aus christlicher Überzeugung erhielt er später den Ehrennamen Prediger von Buchenwald. Er ist wohl das erste Koblenzer Opfer des nationalsozialistischen Regimes, das in einem Konzentrationslager umgebracht wurde.

Ähnlich aufrecht waren die Zeugen Jehovas bzw. die Ernstern Bibelforscher, wie sie damals hießen. Zunächst überzog man sie wegen ihres Glaubens mit Strafverfahren und sperrte sie in Gefängnisse. Später nahm man einige von ihnen in „Schutzhaft“ und verschleppte sie in Konzentrationslager. Zwei von ihnen waren die Eheleute Michaelis<sup>18</sup>



Abb. 5: Der evangelische Pfarrer Paul Schneider; Zeichnung nach einem Foto

aus Neuwied. Sie wurden vom Sondergericht Köln, das in Koblenz tagte, zu einem Jahr und vier Monaten bzw. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Fritz Michaelis kam nach Verbüßung der Gefängnisstrafe nicht frei, sondern wurde in Koblenz in „Schutzhaft“ genommen und dann ins KZ Dachau verschleppt. Ein Jahr später kam er dort um. Seine Frau Liesbeth zog nach der Entlassung aus der Haft nach Berlin. Auch dort blieb sie ihrem Glauben treu, schloss sich einer widerständigen Organisation an und versteckte fahnenflüchtige Glaubensbrüder. Als dies entdeckt wurde, nahm man sie in Haft und verurteilte sie wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu fünf Jahren Zuchthaus.



Abb. 6: Fritz und Liesbeth Michaelis mit Tochter Lydia, Zeugen Jehovas aus Neuwied

Im Jahr 1938 sollte sich die Verfolgung im Nationalsozialismus verschärfen. Die Reichspogromnacht am 9./10. November 1938 und ihre Folgen machten den jüdischen Mitbürgern deutlich, dass für sie die bürgerlichen Rechte und Gesetze in existentiellem Sinne nicht mehr galten. In Koblenz demolierten Trupps der SA, SS und die Gestapo 19 Geschäfte und 41 Wohnungen. Zahlreiche jüdische Mitbürger wurden misshandelt. Eine von vielen war Emma Brasch, die Witwe des zwei Jahre zuvor gestorbenen Rechtsanwalts und Justizrats Dr. Isidor Brasch.<sup>19</sup>

Die Eheleute und ihre beiden Söhne wohnten zunächst in Mayen, später verlegte Isidor Brasch seine Rechtsanwaltskanzlei nach Koblenz. Nach dem Tod ihres Mannes und der Auswanderung ihres jüngeren Sohnes Walter Brasch und seiner Familie blieb Emma Brasch in Koblenz. Am frühen Morgen des 10. November 1938 fiel eine ganze Horde Nazis in das



Abb. 7: Eheleute Isidor und Emma Brasch aus Mayen/Koblenz

Haus ein und demolierte es. Bereits im Eingangsbereich rissen die Männer die Kacheln von den Wänden und beschädigten das Treppenhaus. Ihre Verwüstung setzten sie in der Wohnung fort, in der sie die 71-jährige Emma Brasch allein antrafen. Die Nazis zerhackten einen großen Teil der Möbel und plünderten den Inhalt der Schränke. Die entsetzte alte Dame zerrten sie aus der Wohnung, schleppten sie in den Garten, sperrten sie dort ein und machten von ihr, im Nachhinein, ein Foto um es später im dem Hetzblatt „Der Stürmer“ zu veröffentlichen und damit die Juden insgesamt lächerlich zu machen.

Die Koblenzer Synagoge am Florinsmarkt im Bürresheimer Hof wurde zerstört, aber nicht wie andersorts in Brand gesetzt, weil sonst die umliegenden Häuser in Mitleidenschaft gezogen worden wären, der jüdische Friedhof in der Schwerzstraße geschändet und die Leichenhalle verwüstet.

Die endgültige Wende brachte der vom Hitler am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen entfesselte Zweite Weltkrieg. Auf diese Situation hatten die Nazis nicht nur längere Zeit militärisch und außenpolitisch hin gearbeitet, sondern sich auch innenpolitisch vorbereitet. Dazu hatten sie eine Kartei mit SPD-Parteifunktionären und mit Gewerkschaftern angelegt. Am 1. September 1939 verschleppten sie entsprechend dieser „A-Kartei-Aktion“ etwa 850 Personen in Konzentrationslager. Einer von ihnen war der Metternicher SPD-Funktionär Johann Dötsch.<sup>20</sup>



Abb. 8: Der SPD-Funktionär Johann Dötsch aus Koblenz

Er blieb fast sechs Jahre im KZ Sachsenhausen. Ende April 1945 kam Dötsch von Sachsenhausen aus auf den Todesmarsch in Richtung Ostsee. Er überlebte und wurde Anfang Mai befreit. Nach seiner Rückkehr war er Wiederbegründer der SPD in Koblenz und Präsidialdirektor in der Provinz Rheinland/ Hessen-Nassau. Kaum ein Jahr später starb er an den Folgen der im KZ erlittenen Misshandlungen. Drei Wochen vor seinem Tod am 2. Oktober 1946 ging für ihn noch ein großer Wunsch in Erfüllung: Auf der Bahre wurde er ins Wahllokal getragen, um

an den ersten freien Wahlen seit 1933 teilzunehmen (Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz im September 1946). Wenn heute Wahl ist, gehen viele nicht hin, auch nicht ohne Bahre.

Die Vorbereitungen auf den Zweiten Weltkrieg nutzten die Nazis für eine deutliche Verschärfung der Drangsalierung und Verfolgung. Mit Kriegsbeginn holte man die in der Schublade verwahrten Gesetze und Verordnungen hervor und setzte sie in Kraft: die Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17. August 1938(!), die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939, die Kriegswirtschafts-Verordnung vom 4. September 1939 und die Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939. Allein schon die Wortwahl „Volksschädling“ macht deutlich, was damit bezweckt war: die „Schädlingbekämpfung“, die Vernichtung von Menschen.

Diese Rechtsvorschriften lieferten die scheinlegale Grundlage für die Bestrafung u.a. von Eides- und Kriegsdienstverweigerern, Deserteuren und Saboteuren, und das bedeutete oft - wie es damals hieß - ihre Ausmerze. Auch Koblenzer bzw. Personen aus dem Umland wurden Opfer dieser Blutjustiz. Einer dieser Eides- und Kriegsdienstverweigerer war der Pallotiner-Pater Franz Reinisch.<sup>21</sup> Er wurde wegen seiner Gewissensentscheidung, den Treueid als wehrpflichtiger Soldat auf Hitler persönlich nicht leisten



Abb. 9: Franz Reinisch, Pater der Schönstatt-Bewegung  
Foto: Schönstatt-Bewegung

zu können, vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg-Görden mit dem Fallbeil hingerichtet.

Für die Aburteilung von Wehrdienstentziehungen waren die zivilen Gerichte zuständig. Solche Straftaten kamen aber nun nicht vor die normalen Gerichte. Vielmehr hatten die Nazis schon frühzeitig Sondergerichte geschaffen, z.B. den Volksgerichtshof in Berlin. Daneben gab es aber auch Sondergerichte vor Ort, die bei den Landgerichten angesiedelt waren. Das Sondergericht in Koblenz wurde 1940 eingerichtet - wegen des starken Geschäftsanfalls, wie es hieß. Das Sondergericht Koblenz verhängte mindestens elf Todesurteile.<sup>22</sup>

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges markiert in vielem eine schwerwiegende Verschärfung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und eine weitere Radikalisierung der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer. Damit änderten sich die Repressalien der Nazis reichsweit und in dem von ihnen angegriffenen und besetzten Europa, aber auch konkret in unserer Region. Die Richtung der Verfolgung blieb gleich. Es verschärfte sich allerdings deren Schwere und die Zahl der Opfer. Waren bisher die Toten die Ausnahme, so war es für die Zeit danach eher umgekehrt: Die Ausnahme waren die Überlebenden.

Auf den 1. September 1939 datierte auch der „Ermächtigungserlass“ Hitlers, der die pseudo-rechtliche Grundlage für den „Euthanasie“ genannten Massenmord an mehreren hunderttausend Menschen bildete. Für die Krankenmorde, die Nazis nannten das Tötung „lebensunwerten Lebens“, steht in unserer Region der Name der Heil- und Pflegeanstalt Andernach.<sup>23</sup>



Abb. 10: Eingang zur Heil- und Pflegeanstalt Andernach in den 1930er Jahren; Foto: Günther Haffke

Die Anstalt in Andernach war eine von zahlreichen „Zwischenanstalten“ im Rahmen des „Euthanasie-Programms“ der Nazis. Von Andernach aus wurden psychisch kranke und andere Menschen in den Tod geschickt. Der Ablauf der Morde war überall der gleiche. Zunächst, bis zum 25. Juli 1941, wurden die „Ursprungs-kranken“ aus der Anstalt entfernt. Es gab insgesamt sieben Transporte mit ca. 470 Patienten. Bis auf drei Patienten wurden alle in der Gaskammer



der Tötungsanstalt Hadamar ermordet. Daraufhin kamen zwischen dem 9. Mai und dem 11. Juli 1941 aus anderen Anstalten insgesamt 517 Menschen nach Andernach - es war ja durch den Abtransport der Ursprungskranken Platz geschaffen worden. 449 von ihnen, einige wurden entlassen oder verstarben, verschleppte man zwischen dem 18. Juni und dem 15. August 1941 in fünf Transporten nach Hadamar. Dort wurden sie unmittelbar nach der Ankunft in der Gaskammer im Keller ermordet und dann verbrannt. Ein einziger Patient entging der Tötung: Seine Mutter hatte darauf hingewiesen, dass ihr Sohn ein glühender Antisemit sei. Nach dem Stopp der Anstaltsmorde im August 1941 setzte man auch hier nach einiger Zeit die Tötungen fort. Das war die Zeit der „wilden Euthanasie“. Die Tötungen erfolgten durch eine systematische Überdosierung von Medikamenten und durch Verhungern lassen. Solche Morde sind im Einzelnen schwer nachweisbar. Teilweise anders war es mit den „Ostverlegungen“, eine Eigentümlichkeit der Andernacher Anstalt: Mit insgesamt 18 Transporten in den Jahren 1943 und 1944 wurden etwa 600 Patienten in den Osten, etwa nach Tworki bei Warschau, nach Lüben in Schlesien und nach Meseritz/-Obrwalde, verschleppt. Unter den katastrophalen Verhältnissen dort hat kaum einer überlebt. Insgesamt ist davon auszugehen, dass mindestens 1.500 Menschen in der oder über die Anstalt in Andernach im Rahmen der „NS-Euthanasie“ ermordet wurden.

Mit dem Krieg verstärkte sich auch die Verfolgung der Sinti und Roma. Hatte man sie zunächst schikaniert, dann registriert und die in der Umgebung von Koblenz lebenden Sinti konzentriert, so wurden sie alsbald deportiert. Mit Beginn des Westfeldzugs wurden im Mai 1940 zehn in Koblenz lebende Sinti-Familien mit insgesamt 77 oder 78 Personen aus ihren Wohnungen geholt und nach Köln und dann zusammen mit insgesamt 2.500 weiteren Sinti und Roma aus den westlichen und nordwestlichen Teilen des

Reiches in das besetzte Polen, in das Generalgouvernement, verschleppt. Um dort überhaupt überleben zu können, mussten sie - selbst zehnjährige Kinder - in Steinbrüchen u.ä. hart arbeiten.<sup>24</sup>

In Deutschland gab es auch in jenen Jahren trotz jahrelanger Verfolgung und Gleichschaltung durch die Nazis noch Widerstand oder widerständisches Verhalten. Obwohl die Kommunisten von Anfang an ganz massiv von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, gelang es ihnen, über die Jahre hinweg in traditioneller Form vielfältigen Widerstand zu leisten.



Abb. 11a-d: André Hoewel 1933 (a) und 1938 nach KZ und Gefängnis (b); Anneliese Hoewel, Kommunisten aus Koblenz; Fotos: a, b und d Stadtarchiv Trier, Nachlass Hoewel

In kleinen Zirkeln hielten sie Kontakt untereinander und bestärkten sich und andere in ihrer Gegnerschaft gegen den Hitler-Faschismus. Ein solcher Kreis von

Vertrauten und Gleichgesinnten hatte sich um 1940 in Koblenz-Metternich gebildet. Kopf und Herz dieser Gruppe waren die Eheleute André und Anneliese Hoevel,<sup>25</sup> nach denen die Hoevelstraße in Koblenz benannt ist.

Sie stammten nicht aus Koblenz, sondern waren nach vielen Jahren der Verfolgung, die sie als Kommunisten zu erdulden hatten, nach Koblenz gekommen. Ihnen wurde zum Verhängnis, dass sie denunziert wurden, weil sie ausländische Sender gehört und sich über das Gehörte untereinander und mit Angehörigen der Wehrmacht ausgetauscht hatten. Darin sah man ein todeswürdiges Rundfunkverbrechen. Aufgrund eines Urteils wurden beide innerhalb von fünf Minuten im Gefängnis von Frankfurt/Main-Preungesheim mit dem Fallbeil hingerichtet. Zu diesem Kreis um das Ehepaar Hoevel gehörte auch der in St. Sebastian geborene und in Metternich lebende Jakob Newinger. Newinger wurde zu „nur“ zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>26</sup>

Unterdessen verfolgte der Nationalsozialismus schon längst nicht mehr nur seine traditionellen Gegner. Als totale Weltanschauung und als totaler Staat ließ man in letzter Konsequenz keine autonomen Instanzen oder Organisationen neben sich zu. Deshalb duldete man im Bereich der Jugend auch keine autonomen Erziehungsträger und keine autonomen Gruppen und selbst kein nonkonformes Verhalten einzelner. Diesen Totalitätsanspruch setzten die Nazis im Bereich der Jugend immer mehr durch, indem man außer der Hitler-Jugend keine Jugendverbände duldete.

Anders als die Jugendverbände selbst konnten die Nazis aber Lebensweisen, Haltungen und Gedanken gut einzelner Jugendlicher nicht verbieten. Ein Beispiel für solches widerständisches Verhalten zeigte etwa der aus Andernach stammende Edgar Lohner.<sup>27</sup>



Abb. 12: Edgar Lohner aus Andernach

Erst in Andernach, dann nach dem Umzug der Familie in Bonn besuchte er die Schule und war Mitglied des katholischen Bundes Neudeutschland. Lohner unternahm mit Freunden Fahrten innerhalb Deutschlands und dann zur Weltausstellung nach Paris. Dort lernte er zwei jüdische Mädchen und durch sie den nach Paris emigrierten früheren Führer der Bündischen Jugend und Nationalbolschewisten Karl Otto Paetel kennen. Er freundete sich mit ihnen an, fuhr noch zweimal nach Paris und nahm mit seinen Freunden in unserer Region an Fahrten und Lagern nach „bündischer Art“ teil. Ende 1939 wurden Edgar Lohner und seine Gruppe entdeckt, und sie kamen in Untersuchungshaft. Lohner wurde vom Landgericht Koblenz wegen angeblichen Geschlechtsverkehrs mit dem einen jüdischen Mädchen in Paris wegen „Rassenschande“ zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Weiterhin wurde er wegen des Kontaktes zu Paetel und seinem Kreis in Paris wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Strafe verbüßte Edgar Lohner zunächst im Zuchthaus Siegburg. Er wurde dann zur Wehrmacht eingezogen und dem Bewährungsbataillon 999 überstellt. In Nordafrika geriet er in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung studierte er an der Universität Bonn Sprachen und Philosophie und wurde promoviert. Er wanderte in die USA aus, lehrte dort an verschiedenen Universitäten und wurde 1973 Professor für vergleichende Literaturwissenschaften an der Universität in Mainz. Edgar Lohner starb im Jahr 1975.

Nach wie vor wurden die katholischen Priester und Patres verfolgt. Eine größere Anzahl von ihnen wurde allein wegen der Verteidigung ihres religiös-seelsor-

gerischen Bereichs, ihrer kulturellen Autonomie und ihrer ethischen Maximen schikaniert, festgenommen und in Koblenz in Gestapohaft gehalten. Besonders unerbittlich gingen die Nazis und ihre Helfer gegen die in Schönstatt bei Vallendar beheimatete Schönstatt-Bewegung vor. Mehrere Patres von ihnen saßen in Koblenz im Karmelitergefängnis in „Schutzhaft“. Nur einige von ihnen - wie der Gründer der Schönstatt-Bewegung Pater Josef Kentenich<sup>28</sup> - überlebten diese „Hölle ohne Gott“. Auch drei Schönstätter Marienschwestern wurden - zum Teil nach vorheriger „Schutzhaft“ in Koblenz - in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert.

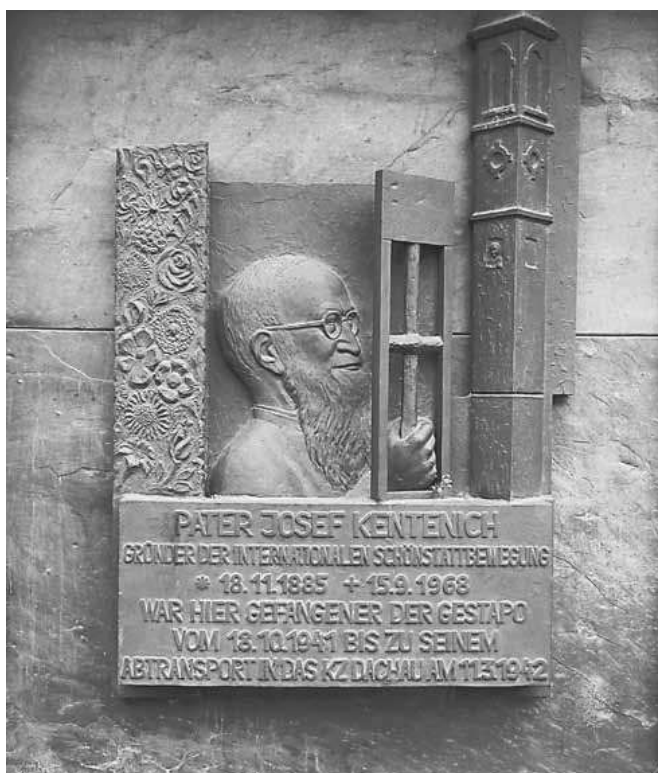


Abb. 13: Gedenktafel für Josef Kentenich, Gründer der Schönstatt-Bewegung, in der Karmeliterstraße in Koblenz 2014; Foto: Stadtarchiv Koblenz FA 1 534, Fotograf Ludwig M. Langner

Typisch war das Schicksal zweier Pfarrer aus Wassenach und Nickenich. Der ältere von beiden, der 1872 geborene Josef Zilliken,<sup>29</sup> stammte aus Mayen, der jüngere, Johannes Schulz, aus dem Saarland. Beide waren Priester im Bistum Trier und nach ihrer Priesterweihe zunächst Pfarrer in verschiedenen Gemeinden im Saarland. 1922 übernahm Zilliken die Pfarrei in Prüm und wurde Dechant des dortigen Dekanats. Zilliken war ein streitbarer Mann und geriet schon bald in die Konfrontation mit den örtlichen NS-Oberen. Wegen einer Predigt gegen das Neuheidentum und insbesondere den Mythos des 20. Jahrhunderts von Rosenberg wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Um es nicht zur Eskalation kommen zu lassen, bat er um seine Versetzung. Zilliken kam nach Wassenach, wo er sein Amt Anfang 1938 antrat. Bereits im Jahr 1935 nach der Rückgliederung des Saarlandes in das Deutsche Reich war Johannes Schulz<sup>30</sup> als Pfarrer in die Nachbargemeinde Nickenich versetzt worden. Auch dort setzten sich die



Abb. 14a und b: Die Pfarrer Johannes Schulz aus Nickenich und Josef Zilliken aus Wassenach; Fotos: <http://blog.forum-deutscher-katholiken.de>

Auseinandersetzungen mit den Nazis seiner alten Gemeinde fort. Die Nazis aus dem Saarland warfen ihm vor, sein Züchtigungsrecht bei den Kommunionkindern überzogen zu haben. Die Angelegenheit verlief

im Sande, machte aber die Koblenzer Gestapo auf ihn aufmerksam. In der Folgezeit fiel Schulz der Gestapo wiederholt auf, u.a. wegen seines Eintretens für die katholische Bekenntnisschule, die die Nationalsozialisten abschaffen wollten und später abschafften.

Schulz und Zilliken waren freundschaftlich verbunden und der Gestapo sowie den örtlichen Nazigrößen als Verfechter kirchlicher Positionen als Störfaktor bekannt. Die Katastrophe brach über die beiden Pfarrer am 27. Mai 1940 herein. Dabei hatte der Nachmittag mit einem schönen gemeinsamen Spaziergang der beiden begonnen. Diesen ließen sie mit der Einkehr in das Ausflugslokal „Waldfrieden“ in der Nähe des Laacher Sees ausklingen. Sie saßen auf der Terrasse des Gasthauses, als unvermutet eine Jagdgesellschaft erschien und ebenfalls dort Platz nahm. Angeführt wurde die Gruppe von Generalfeldmarschall Hermann Göring, der wegen seiner Leidenschaft für die Jagd damals den Spitznamen „Reichsjägermeister“ hatte. Alle Gäste erwiesen Göring und seiner Gesellschaft die Ehre und grüßten mit „Heil Hitler“, alle mit Ausnahme der beiden Pfarrer Zilliken und Schulz. Sie grüßten nicht und verhielten sich ganz teilnahmslos. Die Rache des kirchen- und klerusfeindlichen Regimes war fürchterlich. Sofort nach dem Verlassen des Lokals meldete Göring den Vorfall der Koblenzer Gestapo. Diese verhaftete die beiden Geistlichen noch am späten Abend und verhörte sie stundenlang im Andernacher Gefängnis. Weitere Verhöre folgten und dann die Verschleppung in mehrere Konzentrationslager. Im Dezember 1940 kamen beide in das KZ Dachau. Beide überlebten die „Hölle ohne Gott“ nicht. Johannes Schulz starb am 19. August 1942, Dechant Josef Zilliken am 3. Oktober 1942.

Es war gerade das Schicksal dieser beiden, das katholische Jugendliche aus der hiesigen Gegend aufrüttelte und widerständig und gar ungewöhnlich militant werden ließ. Die Anführer dieser Gruppe waren

Wilhelm Lohner aus Niedermendig und sein Freund Hans-Clemens Weiler aus Kruft.<sup>31</sup> Beide waren zunächst vom Nationalsozialismus begeistert, brachte er doch Schwung, schmissige Musik und Aufbruchsstimmung mit. Schon bald vollzog sich bei den beiden aber ein Bewusstseinswandel. Sie erschreckte der Kirchenkampf des NS-Regimes. Sie erlebten in ihrer unmittelbaren Umgebung, wie gerade die Pfarrer Schulz und Zilliken wegen ihres Glaubens mundtot und ins KZ verschleppt wurden. Da gründeten sie gerade einmal 16 bzw. 15 Jahre alt im November 1942 eine Organisation, die sie Michaeltruppe nannten.



Abb. 15: Willi Lohner aus Mendig

Die Gruppe ging vorsichtig vor, trotzdem entdeckte sie die Gestapo im August 1943. Wilhelm Lohner, Hans-Clemens Weiler und vier weitere Mitglieder der Truppe wurden verhaftet und verhört. Danach brachte man die sechs Jungen erst in die Jugendarrestanstalt Neuwied und dann auf die Burg Stahleck. Wilhelm Lohner und Hans-Clemens Weiler blieben dort zwei Monate und wurden dann in das „Jugendschuttlager“ Moringen verschleppt. Dort mussten sie in einem Salzbergwerk Munition herstellen. Weiler zog sich dabei eine Tuberkulose zu, von der er sich nie mehr richtig erholte. Er starb 1974. Wilhelm Lohner machte sein Abitur nach, studierte und begründete ein eigenes Tournée-theater, das „Ensemble Wilhelm Lohner“. Er starb im Jahr 2007.

Die Verfolgung der Juden endete im Völkermord. Seit der Reichspogromnacht hatte sich ihre Lage weiter zugespitzt. In den folgenden Wochen und Monaten ging ein Hagel diskriminierender Verordnungen auf sie nieder. Ein Symbol war der gelbe Stern. Er signalisierte den bevorstehenden Beginn der Depor-

tation. Die Juden waren auch in der hiesigen Region die mit Abstand größte Opfergruppe. Für sie wurde die geradezu fabrikmäßige Vernichtung in den KZs des Ostens angeordnet und ganz konsequent durchgeführt. Nachdem im Sommer oder Herbst 1941 die Vernichtung der in deutschen Einflussgebiet lebenden Juden beschlossen und im Januar 1942 auf der Wannsee-Konferenz der verwaltungsmäßige Ablauf des Völkermords koordiniert worden war, begannen im März 1942 die Deportationen der in Koblenz und Umgebung lebenden Juden.



Abb. 16: Aufnahme der US-Army des Güterbahnhofs in Koblenz-Lützel vom 16. März 1945; Foto: Stadtarchiv Koblenz FA 2 Nr. 4331

Der erste Transport, der mit Güterwaggons vom Bahnhof in Lützel aus erfolgte, fand am 22. März 1942 statt.<sup>32</sup> 338 Juden aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz wurden in die polnische Stadt Izbica bei Lublin deportiert. Die Verhältnisse dort waren in jeder Hinsicht katastrophal. Notdürftig Platz gab es in Izbica nur, weil die dort zuvor eingepferchten polnischen Juden in die nahe gelegenen Vernichtungslager Chelmno, Belzec und Sobibor verschleppt und dort ermordet worden waren. Das gleiche Schicksal war den Juden aus Koblenz bestimmt. Im Herbst

und Winter 1942 kamen alle von ihnen im Rahmen der Aktion Reinhard, benannt nach dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich, im Vernichtungslager Sobibor um. In der Folgezeit gab es noch fünf weitere Deportationen von Koblenz aus mit zum Teil unterschiedlichen Zielen. Ein Transport vor allem mit alten und kranken Juden führte am 27. Juli 1942 von Koblenz vom Lützeler Güterbahnhof aus in das Konzentrationslager Theresienstadt. Von Juden aus Mendig gibt es ein Foto, das sie auf dem Bahnhof Niedermendig vor ihrem Abtransport zeigt.



Abb. 17: Mendiger Juden, wartend auf die Deportation; Foto: Pfarrei St. Cyriakus Mendig

Damit wurden wesentliche Teile der damaligen bürgerlichen Gesellschaft ausgerottet. Kaufleute, Unternehmer, Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler u.a. mit ihren Familien waren Opfer des Rassenwahns.

Ein solches Schicksal hat auch Heinz Kahn<sup>33</sup> erliden müssen. Heinz und seine jüngere Schwester Gertrud waren Kinder des in Hermeskeil praktizierenden Tierarztes Moritz Kahn und seiner Frau Elise. Sein Vater war Soldat im Ersten Weltkrieg gewesen und hatte zahlreiche Orden und Auszeichnungen erhalten.



Abb. 18: Heinz Kahn um 1950

Schon bald nach der Machtübernahme der Nazis begannen die Schikanen und Diskriminierungen für die Kahns. 1936 musste Heinz die Schule verlassen, damit sie judenrein wurde. Noch in Hermeskeil war die Familie von der Reichspogromnacht betroffen. Vater Moritz kam einige Tage ins Gefängnis, dann ließ man ihn aber frei. Sein Haus in Hermeskeil musste er unter Wert an die Gemeinde verkaufen. Im März 1939 zog die Familie Kahn nach Trier. Heinz und seine Schwester Gertrud wurden als Juden dienstverpflichtet und mussten in verschiedenen Betrieben zwangsweise Arbeit verrichten. Am 1. März 1943 wurde die Familie Kahn von Trier aus in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Bei der Selektion auf der Rampe von Auschwitz-Birkenau wurde Heinz von der Familie getrennt. Zum Abschied sagte sein Vater zu ihm: „Heinz, Du kommst zur Arbeit, Du musst überleben!“ So kam es auch. Zum letzten Mal hatte Heinz seine Familie gesehen. Er kam zur Zwangsarbeit nach Auschwitz-Monowitz (Auschwitz III). Aufgrund seiner Geschicklichkeit und Umsicht kam Heinz dann nach Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II). Dort übertrug man ihm besondere Aufgaben, zeitweise war er Pfleger, Häftlingsschreiber und Lagerläufer. Dadurch hatte er gewisse Privilegien und konnte anderen Häftlingen helfen.

Mitte Januar 1945 wurde Heinz Kahn ins KZ Buchenwald verlegt. Dort arbeitete er im Selektionskommando, wo er die Toten u.a. auf Goldzähne untersuchen, sie ihnen entfernen und das Zahngold für die SS sammeln musste. Nach der Befreiung kehrte er nach Trier zurück. Er wurde erster Vorsitzender der Jüdischen Kultusgemeinde von Trier, machte sein Abitur nach, studierte Veterinärmedizin, legte sein

Examen ab und promovierte. Mit seiner Frau Inge zog er 1954 nach Polch, wo er bis vor wenigen Jahren seine Tierarztpraxis betrieb. Seit 1987 war er Vorsitzender der Jüdischen Kultusgemeinde von Koblenz. Heinz Kahn steht nicht nur für verfolgte jüdische Jugendliche, sondern auch für den jüdischen Jugendwiderstand. Als Häftlingsschreiber im Krankenbau von Auschwitz-Birkenau rettete er vor seiner Verschleppung im Januar 1945 viele Unterlagen, indem er sie in Marmeladeneimer packte, diese verschweißte und sie dann in Wasserlachen versenkte. Deshalb war er auch Zeuge im Frankfurter Auschwitz-Prozess vor nunmehr 50 Jahren. Im KZ Buchenwald gehörte Heinz Kahn zu den Mitwissern des Illegalen Internationalen Lagerkomitees und war Beschaffer und Verstecker der einen oder anderen Schusswaffe für die Befreiung des Lagers. Heinz Kahn ist im Februar 2014 im Alter von 91 Jahren gestorben.

Ein ähnliches Schicksal wie die Juden hatten die Sinti zu erleiden. Der massenhafte Mord an ihnen begann mit Himmlers Auschwitz-Erlass von Dezember 1942, durch den etwa 22.000 Sinti und Roma aus ganz Europa in den als „Zigeunerlager“ bezeichneten Abschnitt des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau

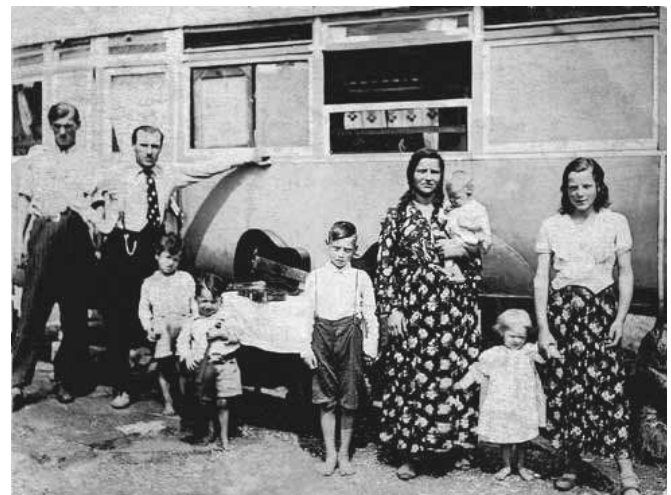


Abb. 19: Die Koblenzer Sinti-Familie Karl Reinhardt

deportiert wurden. Die erste Deportation der Sinti aus Koblenz fand am 10. März 1943 statt.<sup>34</sup> Betroffen waren etwa 150 Personen, 40 Männer, 44 Frauen und 65 Kinder.

Unter ihnen waren mehrere Familien aus Münstermaifeld und aus Arft.<sup>35</sup> Sie wurden in Koblenz gesammelt und vom Hauptbahnhof aus nach Auschwitz deportiert. In der Folgezeit wurden weitere Sinti aus Koblenz Ende April 1944 deportiert, ebenfalls in das „Zigeunerlager“ des KZs Auschwitz-Birkenau. Diese Deportationen wurden von der Kriminalpolizei in Koblenz mitorganisiert und durchgeführt. Ähnlich wie bei den Juden gab es auch unter den Sinti und Roma in Auschwitz Selektionen. Die Arbeitsfähigen wurden in andere KZs verschleppt, die übrigen Anfang August 1944 liquidiert. Allein in Auschwitz wurden 26 Sinti aus Koblenz ermordet.

Mit fortschreitendem Weltkrieg kamen immer mehr ausländische Staatsangehörige ins Deutsche Reich. Sie waren für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft dringend nötig, weil viele Männer als Soldaten im Krieg standen, die in der Rüstungsindustrie und Landwirtschaft fehlten. Die Ausländer waren entweder Kriegsgefangene, Zwangs- oder Zivilarbeiter. In Koblenz gab es zeitweise 1.265 Fremdarbeiter, vor allem Russen und Polen.<sup>36</sup> Die Zwangsarbeiter waren bei öffentlichen Betrieben und bei Privatfirmen beschäftigt und in Sammelunterkünften mehr schlecht als recht untergebracht. Für die Polen, die schon ab Ende 1939 als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, galt ein strafrechtliches Sonderrecht, die Polenstrafrechtsverordnung. Verstöße hiergegen wurden vor dem Sondergericht angeklagt. Am schlechtesten ging es den Sowjets. Sie waren für die Nazis „Untermenschen“, mussten das Abzeichen „Ost“ für Ostarbeiter tragen, waren fast ausschließlich in Stacheldraht umzäunten Sammelagern untergebracht. Ihre Lebenssituation war generell gekennzeichnet durch schlechte

Ernährung, Bezahlung, Unterbringung und Kleidung, oft überlange Arbeitszeiten, mangelnde ärztliche Versorgung, Übervorteilung durch deutsche Vorgesetzte, Diffamierungen und Misshandlungen. Man wollte nur ihre Arbeitskraft. Schwangerschaften waren unerwünscht. Allein im Städtischen Krankenhaus Kemperhof wurde bei mehreren hundert Polinnen und Ostarbeiterinnen Abtreibungen vorgenommen. Bei Arbeitsverweigerungen und Unbotmäßigkeit kamen die Zwangsarbeiter vorübergehend in Gestapohaft.



Abb. 20: Polnische Kriegsgefangene als Arbeiter bei dem Plaidter Landwirt Wilkes; auf den Revers ihrer Sonntagsanzüge tragen sie das Abzeichen „Ost“; die Kinder sind Monika (später Genn), Alois (+1968) und Elisabeth (später Laueremann); Foto: Archiv Plaidter Geschichtsverein.

Bisher wurde immer von Verfolgungssituationen und von widerständigem Verhalten von Personen berichtet, die Mitglieder von Gruppen waren - und die deshalb widerständig und/oder Opfer von Verfolgung wurden. Der Betreffende wurde verfolgt, weil er Kommunist, Zeuge Jehovas, katholischer Priester, Sinto, Jude, Zwangsarbeiter o.ä. war. Auf der Höhe des Terrors wurde potentiell jedes nonkonforme Verhalten, jede abweichende, defätistische Meinungsäußerung zum Verbrechen. Damit erreichte die Verfolgung eine ganz neue Dimension: Es kam tendenziell zur Verfolgung des Volkes.

Pastor Martin Niemöller, einer der aktivsten Köpfe der Bekennenden Kirche und über lange Jahre von den Nazis verfolgt, hat diese Entwicklung und die Unfähigkeit, dagegen wirksam protestieren zu wollen und später zu können, einmal in die treffenden Worte gekleidet:

Als die Nazis die Kommunisten holten,  
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.  
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,  
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat.  
Als sie die Gewerkschafter holten,  
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.  
Als sie mich holten,  
gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

In den Augen der Nazis und ihrer juristischen Helfer war schon eine harmlose Meinungsäußerung, wie das Zweifeln am „Endsieg“, strafwürdig. Nicht selten führten solche Äußerungen zur Todesstrafe oder zu langjährigen Gefängnisstrafen bzw. zur „Schutzhaft“ in Koblenz mit anschließender Deportation in ein KZ und alsbaldigem Tod. Ein Beispiel dafür ist die Bendorferin Gertrud Roos.<sup>37</sup> Sie wurde von einer vermeintlichen Freundin denunziert, aufgrund von Nachrichten eines ausländischen Senders defätistische Äußerungen gemacht zu haben. Ihr gelang es noch,



Abb. 21: Die Bendorferin Gertrud Roos

den Vorwurf des Abhörens ausländischer Sender zu entkräften. Gleichwohl kam sie in Haft, erst in das Gefängnis in Bendorf, dann in Koblenz. Von Koblenz aus wurde sie ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt, dort musste sie Zwangsarbeit leisten. Gertrud Roos überlebte und erzählte vor einigen Jahren von ihrem Verfolgungsschicksal. Sie ist vor zwei Jahren gestorben.

Als Lichtblick in jener ganz dunklen Zeit, als moralische Instanz und als Funken Hoffnung auf ein besseres Deutschland gab es den Attentatsversuch am 20. Juli 1944. Unmittelbar beteiligt daran war Philipp Freiherr von Boeselager<sup>38</sup> aus Kreuzberg an der Ahr. Er sollte mit seinen Reitereschwadronen mit über 1.000 Soldaten von der Ostfront nach Berlin gelangen und dort beim Umsturz Teile des Regierungsviertels besetzen und abriegeln. Dazu kam es aber nicht, weil zuvor bekanntlich das Attentat von Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf Hitler im Führerhauptquartier in der Wolfsschanze fehlschlug.



Abb. 22: Philipp Freiherr von Boeselager;  
Foto: Albrecht Freiherr von Boeselager

Diese Attentäter waren aber nicht ganz allein. Es gab zumal in Berlin zahlreiche Zirkel und Widerstandsgruppen. Mitglieder dieser Gruppen





Abb. 23: Maria Terwiel aus Boppard

stammten auch aus dem heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz, z.B. die in Boppard geborene Maria Terwiel.<sup>39</sup>

Sie war die Tochter eines katholischen Seminarlehrers und einer Jüdin. Der Abschluss ihres Studiums der Rechtswissenschaften war ihr durch die Nürnberger Rassengesetze unmöglich geworden. Später war sie zusammen mit ihrem Lebensgefährten Helmut Himpel Mitglied der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“. Sie wurde ebenso hingerichtet wie der in Bad Ems geborene und zum „Kreisauer Kreis“ gehörende Sozialist und Reformpädagoge Adolf Reichwein.<sup>40</sup>

In Koblenz geboren war der katholische Priester und Armeepfarrer a. D. Friedrich Erxleben.<sup>41</sup> Als profiliertes Mitglied des Solf-Kreises entging er einer Verurteilung durch den Volksgerichtshof und dem mutmaßlichen Tod nur knapp. Nach dem Krieg wurde er Pfarrer in der Moselgemeinde Müden.

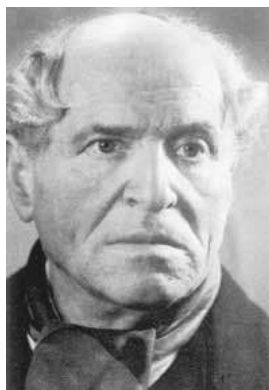


Abb. 24: Friedrich Erxleben als Pfarrer von Müden

Nach dem gescheiterten Attentat setzte ein Rachefeldzug Hitlers ein. Dabei machten die Nazis und ihre Helfer nicht einmal vor deren Familienangehörigen, also Frauen und Kindern, und selbst nicht vor einer Schwägerin eines Prinzen von Hohenzollern halt. Diese, Lina Lindemann,<sup>42</sup> war mit dem Artilleriegeneral Fritz Lindemann verheiratet und lebte zur Zeit des Attentats bei ihrer Schwester auf Burg Name-

dy bei Andernach. Frau Lindemann war als „Sippenhäftling“ längere Zeit in Gestapohaft in dem Karmelitergefängnis in Koblenz, ehe sie über viele Stationen fast durch das ganze damalige Deutsche Reich gehetzt und schließlich im Hochpustertal in Südtirol befreit wurde.



Abb. 25: Lina Lindemann mit ihrem Ehemann Fritz, General der Artillerie; Foto Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Zur gleichen Zeit, als die „Sippenhäftlinge“ festgenommen wurden, begann die Aktion Gewitter. Diese Aktion kann nicht als eine gezielte Fahndungsmaßnahme nach Beteiligten am versuchten Attentat vom 20. Juli 1944 verstanden werden. Dazu war der Kreis der zu Verhaftenden mit mehr als 5.000 Personen viel zu groß und indifferent. Es war vielmehr eine Prä-

ventivmaßnahme, ihre Opfer waren frühere sozialdemokratische und kommunistische Mandatsträger (Landtagsabgeordnete, Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete) sowie Abgeordnete der Zentrums-partei. Betroffen waren in Koblenz u.a. die frühere Stadtverordnete Maria Detzel,<sup>43</sup> die sich als wahre Mutter der Kriegsoffer einen Namen verdient hatte, und die frühere Zentrumsabgeordnete und Lehrerin Helene Rothländer.<sup>44</sup> Sie kamen nach einigen Wochen Haft wieder frei, das Schlimmste blieb ihnen erspart. Nach dem Krieg waren Maria Detzel und Helene Rothländer sehr aktiv und engagierten sich als Beamtinnen und Politikerinnen für das neue Land Rheinland-Pfalz.

Maria Detzel und Helene Rothländer stehen für die Generation der Überlebenden und Befreiten, die die Nachkriegszeit politisch mitgestaltet haben. Ihnen und uns allen galten und gelten die Worte, mit denen Richard von Weizsäcker seine Rede zum 8. Mai 1985 beendete:

Ehren wir die Freiheit. Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht. Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit. Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.



*Abb. 26: Maria Detzel  
(1892-1965) im Jahr 1954;  
Foto: Stadtarchiv Koblenz  
FA 1 024*



*Abb. 27: Helene Rothländer  
(1890-1976);  
Foto: Stadtarchiv Koblenz  
FA 1 024*

- 
- <sup>1</sup> Überarbeiteter und um Fußnoten ergänzter Artikel eines Vortrags am 20. März 2015 beim Plaidter Geschichtsverein; die Anmerkungen sollen vor allem zum Weiterlesen anregen. Dabei verzichtet der Verfasser auf einen umfangreichen Apparat. Zitiert werden, soweit es überhaupt Quellenmaterial über die Arbeiten des Verfassers hinaus gibt, vor allem leicht zugängliche Fundstellen von Arbeiten des Verfassers. Dort finden sich dann nähere Literaturangaben u.a.
- <sup>2</sup> Aufstellung bei wikipedia.org
- <sup>3</sup> RICHARD VON WEIZSÄCKER: Von Deutschland aus. Reden des Bundespräsidenten, München 1987, S. 9-35; Internet bundespraesident.de: Richard-von-Weizsaecker/Reden
- <sup>4</sup> So der Titel des Materialbandes für Tutoren zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 1982/83 „Alltag im Nationalsozialismus“
- <sup>5</sup> Vgl. dazu u.a.: JOACHIM HENNIG: Verfolgung und Widerstand in Koblenz 1933-1945. Eine Skizze, in: Sachor. Beiträge zur jüdischen Geschichte und zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz, Ausgabe 1/99 Heft 17, S. 50-62 (Teil 1) und Ausgabe 1/00 Heft 18, S. 5-27 (Teil 2); derselbe: Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Koblenzer Raum, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 31. Jg. 2005, S. 381-423; derselbe: Widerstand im Koblenzer Raum, in: Dieter Schiffmann/Hans Berkessel/Angelika Arenz-Morch (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz. Wissenschaftliche Darstellung und Materialien für den Unterricht, Mainz 2011, S. 117-136; derselbe: „Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts.“ Der 20. Juli und Widerständler aus dem heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 40. Jg. 2014, S. 251-318.
- <sup>6</sup> JOACHIM HENNIG: Dr. Ernst Biesten (1884-1953), Demokrat in vier Epochen (1884-1953), Frankfurt/Main u.a., 1996; derselbe: Väter der Landesverfassung Adolf Süsterhenn und Ernst Biesten, Blätter zum Land 1/2012; Personentafel Ernst Biesten auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>7</sup> Hennig, wie Anm. 5 (Widerstand), S. 117f.; Personentafel Jakob Newinger auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>8</sup> Ausstellung des Fördervereins Mahnmahl Koblenz im April/Mai 2013 im Neuen Justizzentrum Koblenz: Dr. Georg Krämer (1872-1942) und andere jüdische Koblenzer Juristen, dokumentiert auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>9</sup> Vortrag von Joachim Hennig beim DGB und der Landeszentrale für politische Bildung in Mainz am 2. Mai 2013: „Vor 80 Jahren Zerschlagung der Gewerkschaften“, dokumentiert auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>10</sup> Hennig wie Anm. 5 (Sachor), S. 50f.; Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz: Die Täter, hier Emil Faust
- <sup>11</sup> Zu EDUARD VERHÜLSDONK siehe Joachim Hennig: Sein Lebensmotto „Semper fidelis“ („Immer Treu“), in: Rhein-Zeitung (Ausgabe Koblenz) vom 7. November 2001
- <sup>12</sup> HENNIG wie Anm. 5 (Widerstand), S. 119
- <sup>13</sup> HENNIG wie Anm. 5 (Sachor), S. 56; ders.: Operation verlief „regelrecht“, in: Rhein-Zeitung Ausgabe Koblenz vom 23. November 2000
- <sup>14</sup> Zu MAX KAUFMANN siehe Joachim Hennig: Ein Kuss war schon „Rassenschande“, in: Rhein-Zeitung Ausgabe Koblenz vom 7. Dezember 2000
- <sup>15</sup> Zur Koblenzer Gestapozentrale siehe ELMAR RIES: Wozu Menschen fähig sind. Die Reichspogromnacht 1938 in Koblenz, Koblenz 1988, S. 249-252; Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz: Stätten der Verfolgung innerhalb von Koblenz, 22 Gestapozentrale
- <sup>16</sup> Hennig, wie Anm. 5 (Widerstand), S. 125.
- <sup>17</sup> Ebd., S. 124; Personentafel PAUL SCHNEIDER auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl

- <sup>18</sup> JOACHIM HENNIG: (Nicht) vergessene Opfer der Nazis: Die Familie Michaelis aus Neuwied, in: Heimat-Jahrbuch 2002 des Landkreises Neuwied, S. 315-325, eingestellt auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz und Personentafeln; Joachim Hennig: Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in Koblenz auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>19</sup> JOACHIM HENNIG: Die jüdische Juristenfamilie Brasch, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 34. Jg, 2008, S. 521-545; Personentafeln auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>20</sup> Zu JOHANN DÖTSCH siehe Joachim Hennig: Als SPD-Funktionär kam auch er ins KZ, in: Rhein-Zeitung Ausgabe Koblenz vom 21. Dezember 2000; ders.: Tagebuch gegen das Vergessen, in: Rhein-Zeitung Ausgabe Koblenz vom 24. April 2001; Kurt Redmer: Vergesst dieses Verbrechen nicht! Der Todesmarsch KZ Sachsenhausen Schwerin 1945, Rostock 2000; Personentafel auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>21</sup> Zu FRANZ REINISCH siehe Hennig, wie Anm. 5 (Widerstand), S. 125f.; Jutta Dirksen: Wagnis Freiheit. Pater Franz Reinisch, Vallendar-Schönstatt 1993; Personentafel auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>22</sup> Ministerium der Justiz (Hg.): Justiz im Dritten Reich. NS-Sondergerichtsverfahren in Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation, Teil 1, Frankfurt/Main 1994, S. 25-33; Wolfgang Hans Stein: Die Rechtsprechung der Sondergerichte im Zweiten Weltkrieg. Das Sondergericht Koblenz und die anderen Sondergerichte auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz, in: Franz Josef Düwell/Thomas Vormbaum (Hg.): Themen juristischer Zeitgeschichte (1) Schwerpunktthema: Recht und Nationalsozialismus, Baden-Baden 1998, S. 76-92
- <sup>23</sup> G. HAFFKE: Von der Heil- zur Mordanstalt. Die Rolle der Rheinischen Provinzial Heil- und Pflgeanstalt Andernach in der NS-Zeit, in: Plaidter Blätter 12 (2014), S. 55-68; „...wir waren samt und sonders gegen die Durchführung der Euthanasie-Aktion.“ Zur NS-„Euthanasie“ im Rheinland. Fachtagung vom 16. bis 18. November 2007 in Andernach, Münster 2009; Zwischenanstalt Andernach auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz; zur NS-„Euthanasie“ allgemein und zur Anstalt Klingenmünster ebd. Peter Hammerschmidt: Die Vernichtung lebensunwerten Lebens
- <sup>24</sup> Personentafel MICHAEL BÖHMER auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>25</sup> Hennig, wie Anm. 5 (Widerstand), S. 122f.; Personentafeln André und Anneliese Hoewel auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz; vgl. zu Anneliese Hoewel ebd. die Schülerarbeit von Lea Münch: Helden, verehrt, verkannt, vergessen
- <sup>26</sup> Nachweise wie Anm. 7
- <sup>27</sup> Zu EDGAR LOHNER siehe Joachim Hennig: Bündischer Mythos galt als Hochverrat, in: Rhein-Zeitung Ausgabe Koblenz vom 14. Dezember 2000; Personentafel Edgar Lohner auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>28</sup> Zu JOSEF KENTENICH siehe Engelbert Monnerjahn: Häftling Nr. 29392. Der Gründer des Schönstattwerkes als Gefangener der Gestapo 1941-1945, Vallendar-Schönstatt 1972; Personentafel Josef Kentenich auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>29</sup> ALBRECHT ZUTTER/RICHARD ELSIGK: Weil er Göring nicht grüßte. Das Schicksal des saarländischen Pfarrers Johannes Schulz, St. Ingbert 1995, S. 30 f.; Helmut Moll (Hg.): Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Paderborn 1999, S. 584-587
- <sup>30</sup> Ebd., S. 577-580
- <sup>31</sup> Zu WILLI LOHNER und HANS-CLEMENS Weiler siehe Hennig, wie Anm. 5 (Widerstand), S. 128; Personentafeln Willi Lohner und Hans-Clemens Weiler auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz
- <sup>32</sup> Hennig, wie Anm. 5 (Sachor), S. 17f.; Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz: Stätten der Verfolgung, der Güterbahnhof Koblenz-Lützel; Elmar Ries: Die Deportationen von jüdischen Mitbürgern aus Koblenz und Umgebung, in: Sachor. Beiträge zur jüdischen Geschichte und der Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz, Ausgabe 1993, Heft 5, S. 32-45; ders.: Wozu Menschen fähig sind. Die Reichspogromnacht 1938 in Koblenz, Koblenz 1988, Veröffentlichungen der Stadtbibliothek Koblenz Bd. 25, S. 253-258.

- 
- <sup>33</sup> Zeitzeugenbericht von Heinz Kahn, in: Präsident des Landtages Rheinland-Pfalz (Hg.): Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus 2007, Mainz 2007, S. 15-42; Personentafel Heinz Kahn auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>34</sup> DAWELI REINHARDT/JOACHIM HENNIG: Hundert Jahre Musik der Reinhardts. Daweli erzählt sein Leben, 3. Aufl., Koblenz 2012; Personentafel Daweli Reinhardt auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>35</sup> Zur ersten Deportation der Sinti aus Koblenz und Umgebung am 10. März 1943 und zur Verfolgung der Sinti allgemein die Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz Rede von Joachim Hennig anlässlich der Gedenkveranstaltung am 10. März 2007; LHA Ko Bestand 517,1 Polizeipräsidium Koblenz Nr. 211 mit Deportationslisten
- <sup>36</sup> JOACHIM HENNIG: Die Morde vor der Haustür, in: Heimat zwischen Hunsrück und Eifel, Teil 1, Juli 2004 und Teil 2, Oktober 2004; eingestellt auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>37</sup> Personentafel Gertrud Roos auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>38</sup> Zu Philipp von Boeselager siehe Hennig, wie Anm. 5 (Erste Aufgabe), S. 251-318; Personentafel Philipp von Böselager auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>39</sup> Zu Maria Terwiel siehe Joachim Hennig: Maria Terwiel (1910-1943), eine Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus aus Boppard/Rhein, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 28. Jg. 2002, S. 547-563, eingestellt auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz sowie dortige Personentafel Marie Terwiel
- <sup>40</sup> Zu ADOLF REICHWEIN siehe Hennig, wie Anm. 5 (Widerstand), S. 132f.; Personentafel Adolf Reichwein auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>41</sup> Zu Maria Detzel siehe Hennig, wie Anm. 5 (Erste Aufgabe), S. 282; Personentafel Maria Detzel auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>42</sup> Zu Helene Rothländer siehe Joachim Hennig, wie Anm. 5 (Erste Aufgabe), S. 282f.; Personentafel Helene Rothländer auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>43</sup> JOACHIM HENNIG: Widerständiges Verhalten aus christlichem Glauben. Friedrich Erxleben (1883-1955) zum 50. Todestag, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 30. Jg. 2004, S. 509-541; Personentafel Friedrich Erxleben auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz
- <sup>44</sup> Zu Lina Lindemann siehe Hennig, wie Anm. 5 (Erste Aufgabe), S. 274ff.; Personentafel Lina Lindemann auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz